

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 21. Juli 1932 Nummer 169

Militärischer Belagerungszustand

über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt!

Die faschistischen Maßnahmen rollen mit großer Schnelligkeit ab . Hindenburg und Papen-Schleicher haben den militärischen Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt . Schon seit Dienstag nacht wurde der Verkehr auf den Straßen nach Potsdam militärisch gesperrt, alle Fahrzeuge wurden angehalten und zurückgeschickt . Noch vor dem Erlaß des Ausnahmezustandes hat Hindenburg im Einvernehmen mit der Papen-Schleicher-Regierung einen Reichskommissar für Preußen eingesetzt, zunächst die SPD-Minister Braun und Severing und später die ganze geschäftsführende preußische Regierung ihres Amtes enthoben

In einer Rundfunkrede erklärte Reichskanzler von Papen gestern abend unzweideutig, daß alle diese Maßnahmen gegen „die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordaung“ durch „die kommunistischen Kampforganisationen“ gerichtet sind

KPD für Generalstreik!

Berlin, den 21. Juli 1932 (Eigener Drahtbericht)

Wie wir erfahren, hat die Kommunistische Partei Deutschlands einen Beschluß gefaßt, der sich für den Generalstreik ausspricht . In diesem Beschluß richtet die Kommunistische Partei vor der proletarischen Öffentlichkeit die Frage an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, an den ADGB, den Afabund, ob sie bereit sind, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Generalstreik

für die proletarischen Forderungen

durchzuführen, wie es dem Willen der Millionenmasse auch der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter entspricht

ADGB gegen wirklichen Kampf

„Eiserne Front“ in Hilfsstellung für Papen

Dresden, den 21. Juli

In einer vom ADGB herausgegebenen Erklärung wird die Gewerkschaftsbürokratie zunächst zugeben:

„Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt.“

Im selben Zug heißt es dann aber logisch bezeichnend:

„Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren. Noch ist die Frage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen. Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterklasse am 31. Juli geben.“

In derselben Linie liegt ein Aufruf der SPD, den der „Vorwärts“ veröffentlicht und worin gelagt wird:

„Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Reichspräsidenten am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten.“

Währendem wird in diesem Aufruf erklärt, daß der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Reichsverhältnisse in der deutschen Republik zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen sei.

Mit der Forderung „wilden Wahlunbefugter sollte in Überland zu leisten“ wendet sich

das SPD-Zentralorgan ganz unzweideutig gegen jeden wirklichen Kampf der Arbeiter und verlegt sie auf den Staatsgerichtshof — den Severing angerufen hat — und auf den Wahlkampf für die Wahl am 31. Juli zu übertragen.

Was das heißt, geht schon daraus hervor, daß der Staatsgerichtshof zum Beispiel dem Antrag der bisherigen geschäftsführenden preußischen Regierung auf Erlass einer einseitigen Verfügung gegen die Reichsregierung am Mittwochabend abgelehnt hat. Außerdem erfließt der Staatsgerichtshof, daß er sich mit der Frage, ob das Vorgehen der Reichsregierung der Verfassung entspricht, erst nach den Reichstagswahlen beschäftigen werde.

Schon daraus geht klar hervor, daß der Staatsgerichtshof die Forderungen Hindenburgs, Papens und Schleichers trichterförmig zum Appell, den das SPD-Organ und die SPD in ihrer Gesamtheit als „zur Besonnenheit“ ergehen läßt, ist — so radikal hat die sozialdemokratischen Führer wie Severing im Überland auch aufgerufen — Hilfs- und Liebesdienst für Papen und Schleicher.

Damit gibt sich die Sozialdemokratie aber, bei weitem noch nicht zufrieden. Sie überbietet sich mit ihrer Reichslistigkeit

Betrogung der Arbeitermassen noch selbst, indem sie zur Denunziation der Antifaschisten auffordert. In einem Aufruf, den die Kampfleitung Berlin der „Eiserne Front“ gestern verteilte, heißt es wenigstens u. a.:

„Jetzt muß jeder wirkliche Kämpfer die Herden behalten. Propaganda verteilt unter Mißbrauch des Namens der Eiserne Front Flugblätter, worin sie zum Generalstreik auffordern. Stellt die Propaganda keine Feinde.“

Seitens der sozialdemokratischen Führer wird also nicht nur versucht, jeglichen revolutionären Kampf der Arbeiter zu verhindern, sondern zu ihrer von Jagow übernommenen Devise Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ geleitet sich die schamlose Auforderung zur Denunziation jedes für Kampfmaßnahmen agitierenden Arbeiters.

Die unter der faschistischen Diktatur schwer leidenden Arbeiter und vor allem auch die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich angesichts dieser Tatsachen nicht verweigern lassen.

wenn die SPD mit kalten Worten darüber hinwegzulaufen versucht, daß sie in der Tat die Papen-Schleicher-Diktatur sucht. Auch Severings pathetisches Wort: „Ich weiche nur der Gewalt“, mit dem er bei den Arbeitern

Antifaschisten laßt euch das eine sagen!

Mit dem Stimmgabel wird die Reaktion nicht geschlagen!

Das heißt aber nicht, daß ihr am Wahltag feht! Es ist unbedingt notwendig, daß ihr wählt! Um zu beweisen, daß eure Front an Breite gewinnt! Um den Faschisten zu zeigen, wie Karf wir sind!

Gegen Faschisten — Wählt Kommunisten!



„Rote Fahne“ befehlt

Berlin, 21. Juli 1932. (Eig. Drahtbericht)

Gestern wurde die Extra-Ausgabe eines Kommunisten aus der kommunistischen Reichsorganisationsleitung beauftragt, und heute, nach 2 Uhr, wurde die „Rote Fahne“ befehlt. Alle Beschäftigten mußten sich entfernen und die „Rote Fahne“ darf nicht erscheinen.

Weitere faschistische Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und gegen die KPD, die wegen ihrer antifašistischen Politik und ihrer Arbeit für die proletarische Einheitsfront von der Papenregierung als ihr einziger Gegner angesehen wird, sind beabsichtigt!

einen besonderen Eindruck zu hinterlassen hofft, täuscht nicht darüber hinweg, daß er dieser Gewalt in Gestalt von einem Reichswehrminister und einem Reichswehrgeheimen (!) gewichen ist. Und in der Tat ging es ja den sozialdemokratischen Führern nicht um die Frontstellung gegen Papen, sondern sie haben vielmehr

bis zur letzten Minute versucht, als Exekutivorgane der Papen-Diktatur in ihren Klemmen zu bleiben.

Und als sie diese Klemme innehatten, hat die Polizei unter ihrem Kommando in Erwerbshausdemonstrationen hineingekloppt.

Wenn die sozialdemokratischen Minister nunmehr auch ihrer Klemme enthoben worden sind, so bleibt die Bedeutung der SPD für die Erhaltung und Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihrer faschistischen Politik gegen die Arbeiterklasse nach wie vor bestehen.

Diese Feststellung arbeitete der Führer der kommunistischen Partei, der Genosse Ernst Thälmann schon in seiner Rede auf der Plenartagung der Zentralkomitees der KPD am 19. Februar ganz klar heraus, wobei er betonte:

„Auch wenn die Sozialdemokratie zu dem Schritt für die Herrmann-Rücker-Regierung im Frühjahr 1930 jetzt nach einem zweiten Schritt für die Brüning-Regierung befähigt würde, würde das nicht bedeuten, daß sie aufhört, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu sein.“

Und tatsächlich leben wir heute, daß die Sozialdemokratie, die diesen zweiten Schritt mittlerweile bekommen hat, trotz alledem durch ihre weiteren Verläufe, den revolutionären Kampf der Arbeiter zu verhindern, nach wie vor soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bleibt, weil sie den Hauptstützpunkt für die Verfall des Klassenkampfes im Proletariat darstellt, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der Regierungskonstellation steht.

Wenn jetzt die bisherigen Regierungsmethoden der deutschen Bourgeoisie angesichts des beispiellosen Zerfalls des deutschen Kapitalismus, angesichts des kläglichen Klassen der Papenpolitik in Lauffahne nicht mehr ausreichen und — da die sozialdemokratischen Maßnahmen nicht mehr genügen — die offene faschistische Diktatur ausgerufen wird, so insbesondere doch deshalb, weil die im antifaschistischen Kampf zustande gekommene Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter mit „härteren Waffen“ geprengt werden soll. Denn die Sabotage der SPD-Führer hat das Zustandekommen dieser Einheitsfront, die sich immer härter anbahnt, nicht zu vereiteln vermocht.

Das darf und wird auch nunmehr nicht gelingen, selbst wenn sich die sozialdemokratischen Führer zum Zweck der Täuschung der Massen in radikalen Gesinnungen und Erklärungen ergehen.

Gerade jetzt, wo die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen nach Papens eigener Erklärung erst den

Auftakt zu noch härteren Schlägen gegen die antifaschistische Aktion und die kommunistische Partei unternommen hat, ist die Sicherung und Weiterentwicklung der Einheitsfront das dringende Gebot der Stunde. Wenn die einzige Partei der sozialen und nationalen Befreiung, die KPD, vernichtet werden soll, so laßt uns: Verteidigt die kommunistische Partei, eure Sturmführerin im Kampf gegen den Faschismus!

Es geht in Deutschland um große geschichtliche Entscheidungen. Darum wenden wir uns mit allem Ernst und in aller Verantwortlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse an euch alle:

Wählt, wie es die Größe der Gefahr und die Macht der faschistischen Bedrohung erfordert!